

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1866**

30.5.1866 (No. 126)



# Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 30. Mai.

N. 126.

Voranzahlung halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühren eingeschlossen, 4 fl. 3 kr. u. 2 fl. 2 kr. Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1866.

## Telegramme.

**Frankfurt, 29. Mai.** Heute außerordentliche Bundestags-Sitzung. Vorlage: Einladungsnoten und Wahl eines besondern Ausschusses dafür. Auch Ausschufswahl für den Antrag wegen Austritts Limburgs.

**Darmstadt, 29. Mai.** Die Erste Kammer hat den Beitritt zu dem Antrag der Abgeordneten-Kammer, die Einberufung der Schleswig-holsteinischen Stände betreffend, aus Gründen mangelnder Zweckmäßigkeit abgelehnt.

**Berlin, 29. Mai.** (W. T. B.) Die heute ausrücken sollenden Truppen, darunter das Gardekörps, werden beordert, weitere 14 Tage in den hiesigen Quartieren zu bleiben.

**Wien, 29. Mai.** Heute Mittag haben die Vertreter Englands, Frankreichs und Australands der Reihe nach Einladungen zu der Konferenz überreicht. Oesterreich hat baldigste Antwort zugesagt.

**Wien, 29. Mai.** (W. T. B.) Die „Oesterr. Ztg.“ sagt über den oldenburgischen Austragal-Antrag: „Wir können dem Spruch des Austragalgerichts nicht vorgehen wollen, das Oesterreich abzulehnen schwerlich Grund hat, wenn es auch der Ansicht sein sollte, daß der Einleitung des Austragalverfahrens zunächst zwei formelle Bedenken entgegenstehen: Die bundesgesetzlich vorgeschriebene Vermittlung ist noch nicht gesucht worden, und dann, insofern der oldenburgische Antrag lediglich gegen Oesterreich, obgleich nur Mitbeteiligter, nicht Alleinbeteiligter Holsteins, gerichtet ist, erscheint die passive Legitimation mangelhaft und unvollständig. Materiell sachfällig zu werden, hat Oesterreich nicht zu besorgen. Die Gottorp'schen Agnaten, einschließlich Oldenburg, haben zu Gunsten Christian's IX. ausdrücklich auf die Nachfolgerechte in den Herzogthümern verzichtet, und dieser Verzicht ist mit Christian's Thronbesteigung perfekt geworden. Die oldenburgischen Rechte sind auf Christian, sodann auf Oesterreich und Preußen übergegangen. Im Augenblick, in welchem Christian König von Dänemark wurde, hörte das oldenburgische Recht auf den Gottorp'schen Theil der Herzogthümer auf.“

**London, 28. Mai.** (W. T. B.) Im Unterhaus erwiderte der Unterstaatssekretär Layard auf eine Anfrage des Abg. Griffith: Die rumänische Konferenz in Paris betrachte die Erwählung des Prinzen von Hohenzollern als illegal, werde aber eine thatsächliche Intervention nicht autorisiren. — In einem Amendement zur Reform bill blieb die Regierung mit 10 Stimmen in der Minderheit.

## Badischer Landtag.

**Karlsruhe, 29. Mai.** 44. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer, unter dem Vorsitz des Präsidenten Hildebrandt.

Von Seiten der Regierung anwesend: Ihre Excellenzen die Staatsminister Dr. Staebel und v. Edelsheim, Generalleutnant Ludwig und der Präsident des Ministeriums des Innern, Staatsrath Dr. Lamey.

Die Tagesordnung führt zur Verathung des vom Abg. Kirsner erstatteten Berichts über die Eröffnung eines außerordentlichen Kredits im Betrag von 1,070,800 fl. zur Bestellung von 1400 Militärpferden.

Nach Eröffnung der Diskussion befragt Abg. v. Roggenbach die gegenwärtige politische Lage und stimmt dem Kommissionsantrag bei in dem Sinn, daß diese Klärung nur zur Kräftigung der vermittelnden Politik der großen Regierung im Verein mit den übrigen süddeutschen Staaten dienen soll. Der Bestand keiner Dynastie wäre gesichert, wenn es dahin kommen könnte, daß das deutsche Volk für irgend einen Paragraphen des Bundesrechts in den Krieg geführt würde.

Abg. Kofhört ist gegen die Neutralität, weil sie, vom Schwachen geübt, nicht respektirt wird. Redner will kein großes Preußen und ein kleines Deutschland, und kein Deutschland ohne Oesterreich.

Abg. Pagenstecher glaubt, daß auch das moralische Gewicht der deutschen Nation in die Waagschale falle. Keine der Großstaaten habe ein Recht auf unsere Sympathie. Die Schwächung Preußens sei für Deutschland, von den verderblichsten Folgen.

Abg. Haager stimmt für den Antrag, weil man rüsten muß, wenn man den Frieden will; Redner drückt sein Vertrauen zum badischen Schiffskapitän aus, der uns gewiß in einen deutschen Hafen einführen werde. Neutralität sei unwürdig, es sei am Bundesrechte festzuhalten.

Staatsminister Febr. v. Edelsheim: Die Regierung strebt in erster Reihe dahin, den Frieden zu erhalten; sie wird sich weder für die eine noch die andere Großmacht entscheiden und nach Möglichkeit nur im Bündniß mit den andern süddeutschen Staaten handeln. Eine Isolirung Badens sei unmöglich. Die Regierung sichert ferner zu, auf Befehl eines Parlaments nach Kräften wirken zu wollen.

Abg. Schard dankt der Regierung für die Offenheit und Klarheit, mit der sie ihre politische Haltung ausgesprochen. Eine Aktion der Mittelstaaten soll eintreten, wenn eine Großmacht eine Handlung begehe welche die Integrität

irgendwelchen deutschen Staates bedroht, oder im Fall der Bergewaltigung desselben. Das deutsche Volk müsse handlung eintreten; es wird den richtigen Ursprung dieser Katastrophe finden. Redner stellt noch den Antrag, die Kammer wolle an die Regierung den dringenden Wunsch richten, daß sie im Verein mit ihren Bundesgenossen auf Veranlassung eines deutschen Parlaments und allgemeine Volksbewaffnung hinarbeite.

Abg. Huffschild unterstützt den Antrag. Abg. Kiefer wünscht, daß das preussische Volk deutscher werde, wenn es seiner deutschen Mission nachkommen wolle. Ein Föderativstaat mit einem Parlament an der Spitze ist das Ideal, wozu wir streben.

Abg. Beck beleuchtet die Mängel der Neutralitätspolitik und hatte schon längst gewünscht, daß die Mittelstaaten Hand in Hand gingen; denn vereint seien sie ein Faktor, mit dem Jeder rechnen muß, der in Deutschland eine Rolle spielen will. Mit besonnener Ruhe sollen wir den kommenden Dingen ins Auge sehen und, wenn an der Zeit, getrennt das Unrige thun.

Abg. Kirsner spricht im Sinne des Berichts und vertheidigt denselben gegen die Angriffe des Abg. Haager. Abg. Mol: Wenn auch manche gerechte Vorwürfe dem preussischen Volk zu machen sind, so wollen wir doch kein Deutschland ohne Preußen; das preussische Volk aber solle uns mehr entgegenkommen. Auf die Hochherzigkeit unseres Nachbarn im Westen baut Redner nicht so, daß man alle Vorsichtsmaßregeln vergesse.

Abg. v. Feder stimmt für Bewilligung der Geldmittel, in der Voraussetzung und im Vertrauen, daß die Regierung in engem Schutze und Trugsbüßniß mit den übrigen süddeutschen Regierungen die von ihr klar gezeichnete Stellung einhalte.

Abg. Knieß: Die Dauer des Kriegs sei kaum abzusehen, dessen Erfolg bloß entsehlisches Glend; keine der Großmächte würde, ob Sieger oder Besiegter, das Erreichte, was sie bezweckte. Redner spricht von der Entgermanisirung in Oesterreich. Keine der Großmächte verdiene unser Vertrauen, zu groß soll das Unrige aber auch nicht sein zu den Mittelstaaten.

Abg. Wundt: Schleswig-Holstein ist bloß garantirt, wenn ein kräftiges Deutschland dahintersteht. Das preussische Volk habe ob des innern Konflikts das große Deutschland zu sehr vergessen.

Abg. Heilig verzichtet, vollkommen befriedigt durch die Erklärung der Regierung, auf das Wort.

Abg. Tritschler fährt aus, daß Oesterreich wie Preußen gleich unbedeutend gehandelt habe in der schleswig-holsteinischen Frage.

Staatsrath Dr. Lamey zerlegt die Politik der Regierung, bedauert die Hemmung unserer innern Entwicklung. Zu wünschen sei vor Allem, daß man den besonders süddeutschen Fehler ablege, wonach Jeder immer ganz Recht haben will, und die Andere nachgeben soll — also Verständigung, gegenseitiges Einräumen und Nachgeben.

Abg. Kusel: Diese Diskussion habe den Werth, daß die volle Einhelligkeit der Kammer und der Regierung an den Tag gelegt werde. Der Antrag des Abg. Schard wegen Volksbewaffnung werde nur bezwecken, daß die Regierung Vorbereitungen hiezu treffe, weil ein Moment eintreten kann, wo das deutsche Volk große Opfer an Gut und Blut bringen muß. Um eine vereinzelte Volksbewaffnung handle es sich natürlich nicht.

Abg. Krausmann billigt die Politik der Regierung. Berichterstatter Kirsner: Bundesexekution falle mit einem Bruderkrieg zusammen; es werde durch dieselbe, gegen einen Großstaat ausgeübt, Nichts erreicht. Redner hofft, daß man in Berlin und Wien noch in der letzten Stunde zur Einigung kommen werde und empfiehlt den Kommissionsantrag.

Sämmtliche Redner geben ihrer Uebereinstimmung mit der Regierungspolitik Ausdruck. Der Kommissionsantrag (siehe gefir. Bl.), sowie jener des Abg. Schard werden einstimmig angenommen. (Abg. Schaff ist ausdrücklich gegen die Volksbewaffnung.) Schluß der Sitzung nach 3 Uhr.

## Deutschland.

**Karlsruhe, 29. Mai.** Das heute erschienene Regierungsblatt Nr. 30 enthält die Gesetze: die Besteuerung der sogenannten Wanderlager und die Katastrirung der Gebäude im Großherzogthum betreffend.

**Koblenz, 27. Mai.** (N. Ztg.) Die Truppenzüge finden in größerem Maßstabe statt, trotz aller Kongressnachrichten. Auf vier Tage, von heute an bis Mittwoch, sind in Köln, jedesmal auf eine Nacht, 11,000 Mann Einquartierung angelegt. — Aus den linksrheinischen Festungen sind die Linienregimenter größtentheils zurückgezogen; hauptsächlich die Landwehr soll die Befestigung bilden, in Luxemburg und Saarbrücken wie in Koblenz und Mainz. In beiden letzteren Festungen standen früher drei Linienregimenter, jetzt nur eins, hier in Koblenz das 19te (Polen), in Mainz das 53ste (Wälderländer); der übrige Theil der Garnison besteht aus Landwehr und Ersatzbataillonen.

**Dresden, 27. Mai.** „Die Beweise vervielfältigen sich dafür, daß der sächsische Minister Hr. v. Beust der intellektuelle Urheber der gegenwärtigen Krisis ist.“ Mit diesen Worten in Fettdruck hatte die „Nordb. Allg. Ztg.“ vorgestern einen gegen die sächsische Politik gerichteten Artikel begonnen. Das „Dresd. Journal“ druckt denselben heute ab und begleitet ihn mit der Glosse:

Daß diese Anführungen sammt und sonder auf Unwahrheit beruhen, weiß man in Berlin, namentlich in den Kreisen, aus denen die „Nordb. Allg. Ztg.“ ihre Inspirationen schöpft, so gut wie hier; insbesondere kennt man in diesen Kreisen den Inhalt jener österreichischen Depesche vom 16. März sehr genau, in welcher davon, daß denjenigen Vortheile zugesagt werden, die sich mit Oesterreich gegen Preußen verbünden, kein Wort vorkommt. Darauf kam es ja aber auch gar nicht an, ob das Gesagte wahr sei, oder nicht; der Zweck, den das ministerielle Blatt zu verfolgen hatte, geht aus der fetten Ueberschrift hervor, und stimmt mit der uns von mehreren Seiten zugewandenen Nachricht überein, daß den unzufriedenen preussischen Landwehrenten erzählt wird: Minister v. Beust sei allein an allen Leiden der Gegenwart schuld.

**Dresden, 28. Mai.** (Köln. Ztg.) Der sächsische Landtag wurde heute Mittag eröffnet. Die Thronrede des Königs lautet:

Meine Herren Stände! In einer verhängnißvollen Zeit habe ich Sie heute um mich versammelt, wo Verhandlungen zwischen den deutschen Großmächten Deutschland mit einem blutigen innern Kampfe bedrohen.

Es konnte nicht Aufgabe der dabei untheilhaftigen Staaten Deutschlands sein, für einen der streitenden Theile Partei nehmend, mit denselben Verbindungen einzugehen, sondern nur auf Erhaltung des bundesverfassungsmäßigen Landfriedens hinzuwirken und die Streitfragen auf bundesrechtlichem Wege der Entscheidung zuzuführen. Dieser Aufgabe, die noch jetzt das Ziel meines Strebens bleibt, habe ich mich in Vereinigung mit mehreren meiner deutschen Mitverbündeten, Bayern an der Spitze, nach Kräften zu unterziehen gesucht. Dazu war es aber unerlässlich, einige Vorkehrungen zu treffen, um unsere Wehrkraft unverfehrt dem Bunde zur Verfügung stellen zu können.

Wegen dieser Vorkehrungen mit militärischen Maßregeln bedroht, habe ich den Bund in verständlichem und friedlichem Sinne um seine Vermittlung angegangen, aber nunmehr auch zugleich mein Heer unter die Waffen gerufen, um von keinem unvorhergesehenen Angriff überrascht werden zu können, denn auch der minder Mächtige würde sich entsetzen, wenn er unbedeutenden Drohungen nicht mit männlichem Muth entgegenträte.

Mit rühmlicher Bereitwilligkeit sind Beurlaubte und Kriegesreservisten auf meinen Ruf zu den Fahnen geeilt, und mit voller Zuversicht erwarte ich von Ihnen, meine Herren Stände, von Ihrem bewährten patriotischen Sinn, daß sie den unaussprechlichen Benennungen Ihre Billigung, und meiner Regierung diejenigen finanziellen Ermächtigungen ertheilen werden, welche die Lage der Dinge, und vor Allen der bedrohte Zustand unseres Handels und Gewerbetreibes erheischt.

Noch ist indes die Hoffnung einer friedlichen Lösung nicht aufzugeben, und meine Bemühungen werden unaufgesetzt auf Erreichung eines so heilsamen Zieles gerichtet sein.

Meiner oft bethätigten Ueberzeugung gemäß werde ich auch mit Freuden bereit sein, zu einer den wahren Bedürfnissen Deutschlands entsprechenden, auf dem Weg des Rechts und unter Theilnahme von Vertretern der Nation ins Leben zu rufenden Reform der Bundesverfassung die Hand zu bieten.

Das Zustandekommen eines solchen Werks, für das auch gegenseitige Opfer nicht zu scheuen sind, wird uns am besten gegen die Rückkehr so trauriger Verhältnisse schützen.

Stark durch die Liebe und Treue meines Volkes, in dem Bewußtsein, durch keine feindliche Gesinnung herausgefordert zu haben, sondern nur mit Beharrlichkeit für das Recht eines deutschen Volkstammes und Fürstenhauses eingetreten zu sein, gehe ich getroßt den Wechseln des Schicksals entgegen, und vertraue auf den Schutz des Allerhöchsten in einer gerechten Sache.

Bei Verlesung der Rede wurde die Stelle „denn auch der minder Mächtige“ und die die Bundesreform betreffende mit stürmischem Beifall begrüßt.

**Hannover, 25. Mai.** Von den Mitgliedern der Zweiten Kammer haben 38 ihre Zustimmung zu den Beschlüssen des Frankfurter Abgeordnetentags erklärt.

**Hamburg, 28. Mai.** (W. T. B.) Der Hamburger Staats Telegraph meldet aus Guxhagen, Nachmittags: Vant Verlahten von Seelosten befindet sich eine englische Korvette bei Helgoland.

**Prag, 24. Mai.** (Presse.) Eine heute publicirte Verordnung Benedel's gebietet den Truppen der Nordarmee für den Kriegsfall bei aggressivem Vorgehen die Heilighaltung des Eigenthums in Feindesland, die Bewahrung des Rufes, welchen sich Oesterreich's Truppen in dieser Beziehung erworben.

**Berlin, 27. Mai.** Der „Magdeb. Ztg.“ wird von hier geschrieben: „Mit dem ununterbrochenen Fortgang der Kriegsrüstungen hören die Hoffnungen auf Erhaltung des Friedens nicht auf. Die Pariser Konferenz ist es nicht in erster Reihe, die den Friedenserwartungen Vorschub leistet, sondern nach wie vor hält das Publikum mit eigener Konsequenz an dem Gedanken fest, ein Krieg, der ganz Deutschland zerreißen, ganz Europa in Aufruhr bringen, und alle staatl-



chen wie gesellschaftlichen Verhältnisse in ihren Grundsätzen erschüttern würde, müßte nothgedrungen abgewendet werden. Der König, so sagt man weiter, ließe zwar mit noch unerschüttertem Vertrauen dem Minister v. Bismarck sein Ohr, und es wäre so gut wie gar nicht zu berechnen, wie weit der Minister sein Kriegseifer triebe; indes die letzte Entscheidung des Königs wäre noch immer nicht getroffen, und ehe sie erfolgte, würde er kein Mittel unversucht lassen, um mit Ehren aus dem Streite heraus zu kommen. So wahr vor Bismarck schon andere Männer den König berathen hätten, so wahr wäre es leicht, nach seinem Rücktritt durch weniger provocirende Staatsmänner das große Unheil von Preußen und Deutschland abzuwenden. Die so Reflektirenden gehören, was wir besonders hervorheben müssen, zum guten Theil Kreisen an, denen die Stimmung am Hofe kein Geheimniß ist. Ob Bismarck den Krieg wird durchsetzen können gegen den Willen der Bevölkerung, ohne deren Begeisterung, ohne Anleihe — sehr Viele verneinen es mit solcher Bestimmtheit, daß sie sich des Gedankens an die Erhaltung des Friedens auch jetzt noch nicht entschlagen können, so schwer es auch sein mag, in diesem Augenblicke ehrenvolle Bedingungen für den Frieden aufzufinden.

**Berlin, 27. Mai.** In der gestrigen Sitzung der hiesigen Stadtvorordneten-Versammlung erfolgte von Seiten des Magistrats die Mittheilung, daß die Zahl der zurückgebliebenen Frauen von eingezogenen Reservisten und Landwehrmännern in Berlin sich bereits auf 1700 belaufe. Zur Unterstützung hilfsbedürftiger Frauen und Kinder bewilligte die Versammlung auf Antrag des Magistrats außer den früheren 2000 Thlrn. vorläufig noch 10,000 Thlr. — Nach einer Bekanntmachung der hiesigen städtischen Serwis- und Einquartierungsdeputation sollen die bestehenden Feststellungsstatistiken einer Revision und anderweitigen Feststellung unterzogen werden. Zu diesem Zweck wird in nächster Zeit eine genaue Aufnahme der zu bequartirenden Räumlichkeiten stattfinden. Die Serwisbeamten erscheinen dann in den Häusern, um die einzelnen Wohnungen und die sonstigen passenden Lokalitäten in Augenschein zu nehmen. Dabei zeigt die Deputation zugleich an, daß bis auf Weiteres in der seitherigen Weise mit der Unterbringung der Mannschaften durch Ausmischung fortzufahren werden soll. Ueber die etwa nothwendige Naturalbequartierung wird seiner Zeit eine besondere Bekanntmachung erscheinen. — Dem Vernehmen nach ist die Mobilmachung neuerdings auch auf die Mannschaften der Marine ausgedehnt worden. — Das Unterrichtsministerium hat die Anordnung getroffen, daß die Entlassungsprüfungen der zum Abiturientenexamen für reif befundenen Primaner, welche in die Armee eintreten wollen, sofort vorzunehmen sind. — Sr. Maj. der König theilte gestern Vormittag dem aus St. Petersburg hier angekommenen russischen Feldmarschall Fürsten Barjatinsky eine Audienz. Gestern Nachmittag hatte Höchstersebe im Neuen Palais eine längere Unterredung mit Sr. Hoh. dem Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha.

**Berlin, 28. Mai.** Die „Kreuz-Ztg.“ bemerkt zu dem Vorschlag des „Pays“, betr. die Herstellung eines rheinischen Länderkomplexes zu einem besondern deutschen Bundesstaat, u. A.:

„Uns ist bereits mehrfach aus Paris geschrieben worden, daß dasselbst in verschiedenen politischen Kreisen ganz ernsthaft das Projekt diskutiert wird, die Rheinprovinz als ein Entschädigungsobjekt für Sachsen und Hannover gegen territoriale Abtretungen von diesen Staaten an Preußen zu behandeln. Wir haben absichtlich diese fabelhaften Nachrichten auf sich beruhen lassen, erwähnen sie aber jetzt, weil ein französisches Blatt die Sache in Anregung bringt. In der „Neuen Frankf. Ztg.“ ist übrigens gleichfalls bereits mehrfach die Trennung der Rheinlande von Preußen diskutiert worden. . . . Sollte übrigens in ernstlicher Weise das Verbleiben der Rheinlande bei Preußen jemals in Frage kommen, so hoffen wir, daß diese Provinz in anderer Weise, als durch bloße „Friedensadressen“, ihre Bereitwilligkeit an den Tag legen wird, Mitglied eines großen Staatskörpers zu bleiben u. s. w.“

**Breslau, 27. Mai.** Die „Schles. Ztg.“ hält trotz offiziöser Dementis ihre Mittheilung über die Hauptaufstellungen der preussischen Kriegsmacht, bis sie eines Andern überwiesen wird, der Hauptfache nach aufrecht, sie nur durch folgende „Modifikationen“ berichtend:

Während wir auf der Linie Berlin-Dresden die Aufstellung einer Armee von 120 bis 150,000 Mann gewärtigen, ist dorthin eine solche von nur etwa 100,000 Mann disponirt, dagegen finden wir in Schlesien statt eines Säulenkorps von 60 bis 70,000 Mann die Hauptarmee in der Stärke von nahezu 130,000 Mann. Die Hauptarmee steht also jetzt in der Platte, und nicht in der Front eines eventuell gegen Berlin anrückenden Feindes.

**Breslau, 28. Mai.** Der Kronprinz ist heute Morgen hier eingetroffen. Von den Spitzen der Zivil- und Militärbehörden am Bahnhof empfangen, fuhr er unter lebhafter Volksbeglückung nach dem Schloß.

**Wien, 27. Mai.** Dem Vernehmen nach werden zur Führung der Konferenzverhandlungen zunächst die ständigen Vertreter der Konferenzmächte in Paris mit Vollmacht versehen werden, und wird nur der — wie Sie wissen — gleichfalls geladene Deutsche Bund, der einen solchen Vertreter bekanntlich nirgendwo besitzt, einen Bevollmächtigten ad hoc zu entsenden haben. Wenn es aber gelingen sollte, auf dieser Konferenz die Grundlage für eine Vereinbarung zu gewinnen, so würden zur Feststellung des darauf basirten Arrangements die betreffenden auswärtigen Minister sich in Person nach Paris begeben.

**Wien, 27. Mai.** (Presse.) Unbeirrt von den diplomatischen Verhandlungen bezüglich des Kongresses oder der Konferenz schreiten unsere Kriegsvorbereitungen rasch vorwärts, und sind es gegenwärtig bereits die verschiedenen Armeecorps, an deren Aufstellung mit allem Eifer gearbeitet wird. Die Zusammenstellung des Geschützparkes der Reserve-Artillerie, der einzelnen Elemente des Belagerungs-

parkes, die Bestimmung der Etappenkommandanten ist größtentheils schon durchgeführt.

Was die Befestigungen bei Floridsdorf betrifft, so sollen die Werke halbpermanent mit gemauerten inneren Brustwehrböschungen hergestellt werden; jedoch ist ihre Umwandlung in permanente Befestigungen als wahrscheinlich anzunehmen.

Der Tiroler Landsturm organisiert sich mit überraschender Schnelligkeit auf allen Punkten des Landes. Aus allen tirolischen Städten laufen Nachrichten über Bürgerversammlungen zu diesem Zweck und über Schützenübungen ein, die jetzt in erhöhtem Maße betrieben werden. Als Hauptversammlungsplätze der Landsturm-Kompagnien wurden St. Leonhard, St. Martin und Moos bestimmt. Das Sturmzeichen werden die Glocken sämtlicher Kirchthürme von Passauer geben.

Man ist in Graz keineswegs darüber entzückt, daß dem Alpenjägerkorps 250 von den Freiwilligen für Mexiko einverleibt werden sollen. Die „Merikaner“ sind hier in einer Kaserne untergebracht, und sollen, wie ein Grazer Blatt, das sich sehr erbittert über diesen „Nachzuwachs“ ausspricht, behauptet, ihre starke Neigung für Erzeise nicht abgelegt haben. — In Zmerkrain wurden Wiesen für 800 ärarische Oshjen gepachtet, die zur Verpflegung der Südarmer bestimmt sind.

**Wien, 27. Mai.** (N. Ztg.) Benedek und der Erzherzog Wilhelm sind gestern Abend nach dem Norden, zunächst nach Olmütz, abgegangen. Bezeichnend für den fortgeschrittenen Ernst der Lage ist übrigens eine so eben erschienene kaiserliche Verordnung, welche den desfalls nachsuchenden landesfürstlichen Beamten den Eintritt in die Armee als Offiziere gestattet, und zwar unter Vorbehalt des Militärtrits in ihre amtliche Stellung und mit Wahrung ihrer Rang- und Anciennitätsverhältnisse. — Aus Pesth trifft eine wichtige Nachricht ein: die ungarisch-kroatische Negutolar-Deputation ist, ohne ein Resultat erzielt zu haben, auseinander gegangen, und die kroatischen Wittglieder sind bereits abgereist. So scheint auch das staatsrechtliche Verhältniß zwischen Ungarn und Kroatien noch fortgesetzt in der Schwebe bleiben zu sollen.

**Wien, 28. Mai.** (Fr. P.-Ztg.) Die Meldung des Berliner Telegraphenbureau's bezüglich der Notifikation der Porte über sofortige Okkupation der Fürstenthümer ist gänzlich unbegründet.

**Triest, 27. Mai.** (Presse.) Als Gerücht wird gemeldet, daß eine türkische, aus dreißig Schiffen bestehende Flotte in das Adriatische Meer eingefahren sei.

#### Österreichische Monarchie.

**Agram, 28. Mai.** (W. T.-B.) Gestern (Sonntag) überreichte die hiesige Stadtrepräsentanz dem Banus eine Lokalitätsadresse zur Beförderung an den Kaiser, worin sie ihre Bereitwilligkeit erklärt, im Hinblick auf die dem Staat drohenden Gefahren Leben und Gut für den Thron des Kaisers und die Erhaltung der Monarchie zu opfern.

#### Schweiz.

**Bern, 28. Mai.** (Bund.) Das Ministerium des Auswärtigen von Frankreich hat dem schweizerischen Gesandten in Paris ebenfalls die entsprechende Erklärung abgegeben, daß die schweizerische Neutralität im Fall eines europäischen Krieges geachtet werden solle.

#### Italien.

**Florenz, 25. Mai.** Die „Stalle“ veröffentlicht den Tagesbefehl, welchen Admiral Persano am 16. Mai an die Mannschaften der italienischen Flotte gerichtet hat. Derselbe beginnt:

Admirale, Kommandanten, Offiziere, Matrosen und Soldaten! Die Evolutionen der Abtheilung des Gegenadmirals Bacca ist aus Staatsgründen, gemäß eines Befehls des Marineministers vom 8. d. Mts., aufgelöst worden. Dasselbe Geschwader wird in eine Flottenarmee verwandelt, welche den Namen Operationsgeschwader führen wird, und deren Oberbefehl der König mir zu übertragen geruht hat. Ich kann hier nicht verschweigen, daß meine theuerste Hoffnung die ist, einem so großen Vertrauen zu entsprechen. Indem ich der auserlesenen Mannschaften, die ich zu befehligen, und der heiligen Sache, die wir zu vertheidigen haben, sowie der Gefühle gedente, welche alle ital. Herzen mit hohem Streben erfüllen, so getraue ich mir diese Hoffnung in eine Gewißheit umzuwandeln. Gott siehe mir bei, um dies zur Wahrheit zu machen, sowie ich auch gewiß bin, daß Keiner von uns in diesem edlen Unternehmen wanken wird.

Die Armee wird in die drei nachstehenden Geschwader abgetheilt:  
1) Kampfgeschwader unter dem unmittelbaren Befehl des Oberkommandirenden. Fregatten: Re d'Italia (Admiralsschiff), Re di Portogallo, San Martino, Ancona, Maria Pia, Caffarella, Affondatore, Aviso Messaggio. 2) Hilfgeschwader unter dem Vizeadmiral Albini. Fregatten: Maria Adelaide (Admiralsschiff), Duca di Genova, Alberto, Garibaldi. Korvetten: Prinzessa Clotilda, Citta, S. Giovanni, Guicardo. 3) Belagerungsgeschwader unter Gegenadmiral Bacca. Fregatte: Principe di Carignano. Kanonenboote: Palestro, Varese. Korvetten: Terribile, Formidabile. Aviso: Esploratore. Außerdem wird dem Kampfgeschwader noch eine aus folgenden Fahrzeugen bestehende Flottille beigegeben werden: Kanonenboote 2. Klasse: Montebello, Vinaglio, Confienza; Aviso Serene. Transportschiffe: Washington und Indipendenza. (Folgt nun die Zusammenstellung des Generalstabs.)

Indem ich Vorsehendes zur Kenntniß bringe, halte ich mich nicht dabei auf, Euch von Hingebung an den König und das Vaterland, noch von Gefühl für die italienische Nationalität und Unabhängigkeit zu reden, weil dies in uns Allen lebt. Aber daran will ich Jedem, sei er Vorgesetzter oder Untergebener, nachdrücklich mahnen, in Erfüllung der ihm zufallenden Aufgabe so den besten Willen, den größten Eifer, die unbedingteste Aufopferung und die größte Bereitwilligkeit zu beweisen, um in allen einzelnen Punkten die militärische Ausbildung zu gewinnen, ohne welche — laßt Euch dies sagen — es vergeblich wäre, die Ehre der dreifarbenen Fahne, des stolzen Italiens, hoch zu halten. Darum also, von jetzt an's Werk! Mag uns die Anstrengung nicht niederbeugen, sondern, Angesichts des heiligen Zweckes, uns stets zufrieden und heiter finden. Es lebe die italienische Einheit,

und auch Ihr sollt leben, Ihr Tapfern, die ihr berufen seid, zuerst die Ehre unverfehrt zu erhalten.

An Bord der Dampfregatte „Re d'Italia“, auf der Abende von Tarent, am 16. Mai 1866. Der oberkommandirende Admiral.

#### Frankreich.

**Paris, 26. Mai.** Man schreibt der „Köln. Ztg.“: Wie man in den offiziellen Kreisen über die ganze Lage denkt, geht am besten aus einem Artikel des heutigen „Pays“ hervor. Dieser Artikel, der aus dem Ministerium des Aeußern stammt und sich etwas sehr gewunden und gewungen ausdrückt, ist in so fern von Wichtigkeit, als er die Haltung andeutet, die Frankreich in dem Kongreß, wenn derselbe zu Stande kommt, annehmen werde. Das „Pays“ will die Elemente einer Lösung der schwebenden Fragen von dem Standpunkt aus unterzuchen, als wenn die Konferenz bereits zusammengetreten sei.

Die heikelste und dringlichste Frage — sagt das „Pays“ — ist die venedianische. So lange diese italienische Provinz Italien nicht zurückgegeben ist, befindet sich Europa in Gefahr. Es handelt sich nicht mehr darum, ob die Ansprüche Italiens auf Venedig gerechtfertigt sind oder nicht, sondern wir konstatiren nur, daß ohne freiwillige Zurückgabe Venedigs an Italien keine friedliche Lösung möglich. Hierin liegt eine immense Schwierigkeit. Die, welche glauben, Oesterreich könne Venedig verkaufen, machen sich eine sonderbare Idee von der Würde einer Regierung. Aber ist es denn unmöglich, Oesterreich eine Territorialentschädigung zu geben? Ist es unmöglich, eine Kompensation aufzufinden, die ihm anseht, sich in der Nähe seiner Grenze befindet, die ihm gewisse Vortheile bietet, und die es dieserhalb annehmen kann, ohne daß seine Ehre oder Würde darunter leidet? Oesterreich Italien allein gegenüber kann zu demselben nur sagen: „Ihr wollt Venedig? Kommt und holt es euch.“ Aber die Konferenz würde Europa repräsentiren, und wenn Europa Oesterreich vorschläge, Venedig nicht zu verkaufen, nicht anders als gegen ein in ähnlicher geographischer Lage befindliches, gleich großes und gleich bevölkertes Gebiet abzutreten, so könnte Oesterreich, ohne sich zu schämen, den Wünschen Europas nachkommen. In diesem Fall träte Oesterreich Venedig nicht an Italien, sondern an Europa ab, und dieses übergäbe das Land an Italien, indem es dabei die Würde Oesterreichs wahrte, die unter einer direkten Transaktion leiden würde. Die Schwierigkeit liegt darin, dieses Territorium aufzufinden. Man kann es von Preußen nicht verlangen; es wäre eine Trümmerei anderer Art, an Schlesien zu denken; aber man könnte es vielleicht am Adriatischen Meer finden. Hier sind die Schwierigkeiten auch groß, aber man könnte sie besilitzen.

Die venedianische Frage einmal gelöst, würde das Werk der Konferenz ein sehr leichtes und einfaches sein. In dem Augenblick, wo Deutschland über das Wort Bundesreform in Aufregung geräth und wo dieses Wort Fortschritt im Sinn der Einheit bedeutet, kann es kein großes Interesse daran haben, die Erbherzogtümer depar zu konstituiren, daß den schon zu zahlreichen Bundesstaaten ein neuer hinzugefügt werde. Die Bildung eines solchen Staates wäre weder logisch noch gerathen in einer Zeit, wo die deutsche öffentliche Ansicht dahin geht, daß Deutschland zu zerstückelt sei und das Land danach trachtet, sich auf einer mehr einheitlichen Basis zu rekonstruiren. . . Wir sehen daher nicht ein, wozu mächtiges Interesse, wozu ernsthaftes Motiv die Konferenz abhalten sollte, den Ansprüchen Preußens zu willfahren, das in den Besitz von Gebieten geht zu werden verlangt, welche Rüssen und Hån haben, deren Besitz für Preußen in Bezug auf seine Semädigkeit von reeller Wichtigkeit ist. Europa wird ohne Zweifel in einer solchen Kombination das Mittel finden, einen hohen Akt der Gerechtigkeit vorzunehmen, indem es Dänemark den nördlichen Theil Schleswigs zurückerstatten ließe, welcher, der Bevölkerung und der Lage nach dänisch, nie dem deutschen Bundesstaat einverleibt werden könnte, ohne daß das heute so mächtige Prinzip der Nationalitäten verletzt werden würde. Der deutsche Bundesstag wird eine solche Zurückerstattung nicht verweigern können, denn er ist es nicht gewesen, der Schleswig erobern wollte; Oesterreich würde ein größeres Interesse haben, dieselbe zu begünstigen, statt zu bekämpfen. Preußen endlich würde genug gewinnen, um nicht übertriebene Forderungen an den Tag zu legen, die Europa gegen dasselbe aufbringen könnten.

Die Reform des Deutschen Bundes geht hauptsächlich die Deutschen an, und es ist an ihnen, sie nach ihren neuen Interessen und ihren gegenwärtigen Tendenzen zu lösen. Aber diese Konstitution habe direkte Beziehungen zum europäischen Gleichgewicht. Europa hat also das Recht und die Pflicht, sich um die Fundamentalveränderungen zu bekümmern, welchen die alte Bundesorganisation Deutschlands unterworfen werden könnte. In der Konferenz könnte Frankreich sich erinnern, daß diese Organisation einer der wichtigsten Artikel der Verträge von 1815 ist, dieses Meisterwerkes des Mißtrauens, welches der Wiener Kongreß aus Haß gegen unsere damals herabgedrückte Größe, unsern damals verdunkelten Ruhm, ausgedacht hatte, welche aber beide auf den Schlachtfeldern der Krüm und der Lombardie wieder aufstanden sind. Ganz Deutschland gehört Deutschland an. Aber ohne irgend Etwas für sich in Anspruch zu nehmen, könnte Frankreich nicht hoffen, daß, während der Deutsche Bund sich in aller Freiheit reorganisiert, um bei sich selbst unangenehme Erinnerungen zu tilgen, er den gegenwärtigen Stand der Dinge in der Weise modifizirte, daß der feindselige Charakter, den die innere Eintheilung seiner Länder an unsern Grenzen von Anfang an in sich trug, gemildert würde?

Dieses sind ohne Zweifel einfache Elemente zu einer Transaktion. Aber wir glauben, daß diese Elemente ernstlich zu einer friedlichen Pazifikation dienen könnten, und unsere Ansicht ist, daß die Klugheit und die Vernunft der interessirten Parteien anrathen sollten, sich fest an diese Möglichkeit eines Abkommens zu halten. Wenn sie diese Möglichkeit zurückweisen oder keine andern finden, so werden die Geschichte Deutschlands und Italiens fataler Weise der Gnade der Ereignisse anheimgegeben werden. Wer weiß, was aus diesem Zusammenstoß von mehr als 1,500,000 Mann Soldaten hervorgehen wird! Frankreich, das alle seine Bemühungen gemacht haben wird, um ihn zu vermeiden, wird sich dann nur in seine Neutralität einzuschließen haben, indem es sich seine Aktionsfreiheit vorbehält. Aber welche Vorwürfe müßten nicht die an sich richten, die, als sie der Welt die unberechenbaren Uebel dieses großen Konflikts ersparen konnten, ihre Mißthate zu ehrenhaften Transaktionen verpaid haben!

**Paris, 28. Mai.** (W. T.-B.) Die identischen Einladungs-schreiben zu den Ministerkonferenzen sind heute in



Wien, Berlin, Florenz und am Bundestage übergeben worden. Als Bevollmächtigte können Gesandte fungieren. Von England, Rußland und Preußen erscheinen wahrscheinlich die Premierminister. In die deutsche Reformfrage, soweit dieselbe die Bundesverfassung betrifft, ist eine Einmischung nicht beabsichtigt. Die Zuziehung des Deutschen Bundes wurde für erforderlich erachtet, weil durch die venetianische, die Elbherzogthümer- und die Limburger Frage Kompensationsvorschläge, folglich den Bund berührende Territorialveränderungen diskutiert werden. Zur Vertretung des Bundes wird ein bayrischer Staatsmann erwartet. Die Eröffnung der Konferenz soll durch das verzögerte Erscheinen eines Bundesbevollmächtigten nicht aufgeschoben werden.

**Amerika.**

**Neu-York, 16. Mai.** (Ber. „Scotia“.) Die Anklage gegen Jefferson Davis lautet dahin, daß derselbe sich am 15. Juni 1864 mit Andern in Richmond zum Ansturz der Vereinigten-Staaten-Regierung vermittels Waffengewalt verschworen habe. Das Prozeßverfahren wird, wie es heißt, Anfangs Juni beginnen, und soll Oberrichter Chase, dabei den Vorsitz zu übernehmen unter der Bedingung eingewilligt haben, daß Präsident Johnson die Aufhebung des Kriegsgesetzes für den Gerichtsbezirk des Bezirksgerichtshofes von Virginia proklamire. Jefferson Davis ist sehr lebend; der Präsident hat einen Spezialbericht über seinen Gesundheitszustand verlangt und eine sofortige Milderung der Haft angeordnet. Der Expräsident des Südbundes soll sich übrigens sehr zufrieden mit der baldigen Vornahme seines Prozeßes ausgesprochen haben, da er seiner Verteidigung vertraue.

Unter den Feiern hat die Ankunft von Stephens noch keineswegs die Entracht hergestellt, welche seine Anhänger sich davon versprochen. Die Senatspartei hält sich von ihm fern, und auf einem von ihm anberaumten Meeting war weder Roberts noch Sweeney erschienen. In einer langen, bei der Gelegenheit gehaltenen Rede gab Stephens Rechenschaft über die von ihm gethanen Schritte zur Verschönerung der Parteien, die leider noch nicht den erhofften Erfolg gehabt. Er hob die Nothwendigkeit der Entracht als Bedingung erfolgreicher Bekämpfung Englands in Irland hervor, da Uneinigkeit in Amerika die Brüder in der Heimath entmuthigen würde. Der Refrain der Rede war, wie gewöhnlich, eine Geldforderung. Bei keiner Faktion gehen, mit Ausnahme vereinzelter Schenkungen, mehr Gelder ein. O'Mahony's Regiment paradierte in den letzten Tagen in der Umgebung Neu-Yorks gegen den ausdrücklichen Befehl des Kommandirenden der Staatsmiliz, General Sandford, der den Aufzug von Truppen in der Staatsuniform und mit den Staatswaffen verboten hat.

General Santa Anna ist in Washington angekommen. Er erklärt die Gerichte von seinem heimlichen Einverständnis mit Maximilian für durchaus falsch. Wie es heißt, ist er gekommen, um die republikanische Sache zu fördern.

**Die preussischen Bundesreform-Vorlagen.**

**Berlin, 28. Mai.** (Köln. Ztg.) Der neueste „Staats-Anzeiger“ meldet:

Dem Reiner-Ausschuß der Bundesversammlung zur Berathung des preussischen Antrags vom 9. April d. J. auf Berufung eines deutschen Parlaments ist von dem königl. Bundestags-Gesandten auf Wunsch der Ausschussmitglieder eine schriftliche Mittheilung über die Reformvorschläge gemacht worden, über welche Preußen mit den Bundesregierungen sich verständigen will, sobald die Berufung des Parlaments vom Bundestag beschlossen ist.

Schriftliche Aufzeichnungen der vom königl. preussischen Gesandten in der Ausschussitzung vom 11. Mai gemachten vertraulichen Mittheilung:

1) Die Reform der Bundesverfassung wird sich unter den obwaltenden Umständen, und um eine allseitige Vereinbarung unter den Regierungen möglichst zu erleichtern, auf folgende Punkte beschränken können:

A. Einführung einer periodisch einzuberufenden Nationalvertretung in den Organismus des Bundes. Es wird durch diese Kombination erzielt werden, daß die Verschärfung der Nationalvertretung auf den dafür speziell bezeichneten Gebieten der künftigen Bundesgesetzgebung die bisher erforderliche Stimmenmehrheit unter den Bundesgliedern zu erzielen haben würde.

B. Zu den Gebieten der Bundesgesetzgebung, auf welche das in dieser Weise neugebildete Bundesorgan seine Kompetenz zu erstrecken hätte, würden im Allgemeinen die im Art. 64 der Wiener Schlussakte unter den Namen „gemeinnützige Anordnungen“, zusammengefaßten Materien gehören, also z. B. das Münz-, Maß- und Gewichtswesen, Zivilprozeß-Ordnung, Patentsgesetzgebung, Wechselrecht u. s. w., welche bisher im Wege gelegentlich zusammentretender Konferenzen behandelt zu werden pflegten oder speziellen Kommissionen überwiesen worden sind.

C. Als neu tritt dazu die auch schon im Art. 19 der deutschen Bundesakte in's Auge gefaßte Regulirung des Verkehrswesens zwischen den Bundesstaaten: Land-, Wasser-, Eisenbahnstraßen, Telegraphie, das Postwesen, die Fluß- und sonstigen Wasserfälle.

D. Entwicklung des Art. 18 der deutschen Bundesakte, insbesondere bezüglich der Fragen über Freizügigkeit und allgemeines deutsches Heimathrecht, Regulirung der deutschen Auswanderung im nationalen Interesse u. s. w.

E. Allgemeine Zoll- und Handelsgesetzgebung in prinzipieller Behandlung unter dem Gesichtspunkt regelmäßiger gemeinsamer Fortentwicklung.

F. Organisation eines gemeinsamen Schutzes des deutschen Handels im Ausland, also Regulirung einer konsularischen Vertretung von Gesamtdeutschland, gemeinschaftlicher Schutz der deutschen Schifffahrt und ihrer Flagge zur See.

G. Gründung einer deutschen Kriegsmarine mit den für diesen nationalen Zweck erforderlichen Kriegesflößen und den entsprechenden anderweitigen Küstenverteidigungswerken.

H. Revision der Bundes-Kriegsverfassung zum Zweck der Konsolidirung der vorhandenen militärischen Kräfte der Nation für Feldarmee und Landwehr in der Richtung und aus dem Gesichtspunkt, daß durch eine bessere Zusammenfassung der deutschen Wehrkräfte die Ge-

fammleistung erhöht und deren Wirkung gesteigert, die Leistung des Einzelnen dagegen möglichst erleichtert werde.

Bezüglich des zu berufenden Parlaments ad hoc, auf welches der Antrag Preußens gerichtet ist, wird nach Maßgabe desselben daran festgehalten sein, daß für das aktive Wahlrecht das Prinzip der direkten Wahlen und des allgemeinen Stimmrechts maßgebend sei; ferner werden sich Wahlbezirke von 80- bis 100,000 Seelen empfehlen, welche je einen Deputirten zu wählen hätten.

In Beziehung auf das passive Wahlrecht erwartet man preussischer Seits Vorschläge aus der Mitte des Ausschusses, doch kann die preussische Regierung schon jetzt eventuell die hierauf bezüglichen Bestimmungen des Reichs-Wahlgesetzes von 1849 für sich als annehmbar bezeichnen.

In diesem Sinne würde sofort ein Wahlgesetz ad hoc unter den Regierungen zu vereinbaren sein.

Daß und weshalb die vorstehenden, im Ausschuss vertraulich mitgetheilten Punkte nicht als formulierte Vorlagen anzusehen seien, hat der Gesandte bereits im Ausschuss wiederholt ausgesprochen.

Dieselben begehen daher nur die Gebiete, auf welchen nach Ansicht der preussischen Regierung durch die gemeinschaftliche Arbeit am Bunde eine Vereinbarung mit Aussicht auf schleunigen Erfolg zu erstreben sein dürfte.

**Baden.**

**S Pforzheim, 26. Mai.** Seit mehreren Wochen schon ist man hier mit der Ausführung eines wichtigen, vor Jahren schon projektirten und vorbereiteten Unternehmens beschäftigt. Es betrifft dies die Korrektur des Enzjußbettes, beziehungsweise die Sicherung der Stadt gegen eintretende Wasserfluthen. Zum Behuf dessen werden von dem obem Bendischer'schen Einwerf bis in die Stadt oberhalb der sog. Ropfrücke auf beiden Ufern hohe Dämme errichtet, welche auch bei Hochwasser ein Austreten des Flusses verhindern sollen. Das Bett der Enz erleidet dabei an verschiedenen Stellen einige kleine Veränderungen. Veranlaßt wurde man zu der Maßregel, welche unserer Stadt einen ziemlich hohen Kostenaufwand verursacht, hauptsächlich durch die Anlage des neuen Stadtheils auf der rechten Seite der Enz, im Südwesten der Stadt. Es ist nämlich zu befürchten, daß beim Austreten des Flusses die Fluthen, welche sich früher über den dort befindlichen Gärten verbreiten konnten, nun, an den jetzigen Häuserreihen ein Hinderniß findend, den jetzigen Stadtheil sich zuwälzen und demselben bedeutenden Schaden bringen. Behalten wir Frieden und gestalten sich die Verhältnisse auch sonst nicht ungünstig, so wird die Korrektur des Enzbettes in den nächsten Jahren noch weiter ausgeführt werden.

**S Pforzheim, 28. Mai.** Die kalten Nächte der letztverfloffenen Woche haben auch in dieser Gegend einigen, wenn auch gerade nicht erheblichen Schaden verursacht. In einzelnen Gärten erstoren die Reben, Bohnen und andere Pflanzungen. In den Waldungen nahmen insbesondere die jungen, zarten Triebe der Lärchen Schaden. Daß in den umliegenden weinbaubenden Orten durch die frühe namhafte Schneidungen eintrat, habe ich noch nicht gehört.

**Heidelberg, 27. Mai.** (Mannh. Z.) Gestern Abend war im Gartensaal des Museums eine größere Versammlung zur Besprechung der politischen Zeitverhältnisse angeordnet. Es handelte sich hauptsächlich um die Frage, ob die deutschen Mittelstaaten, insbesondere das Großherzogthum Baden, bei dem Konflikt der beiden Großmächte Neutralität beobachten sollten oder nicht. Als Redner für Neutralität traten besonders auf: Geh. Rath Bluntzsch, Prof. Wundt und Geh. Rath Knies, gegen Neutralität die Geh. Räte Müllersmaier und Belder. Nachdem noch verschiedene andere Personen ihre Meinung ausgesprochen hatten, trennte sich die Versammlung, ohne einen bestimmten Beschluß zu fassen, welcher der Natur der Sache nach hier auch von keiner maßgebenden Entscheidung sein kann.

**Wetzheim, 24. Mai.** (Allg. Ztg.) Gestern starb hier im 89. Lebensjahre ein in diplomatischen Kreisen bekannter und geschätzter Mann, der fürstl. Löwenstein-Wertheim-Rosenberg'sche Geh. Rath Franz v. Jagemann.

**Baden, 26. Mai.** (Oberth. Kur.) Der Frost der letzten Wochen hat auch in unserer Gegend großen Schaden angerichtet. Im nahen Wülferthal, bei Lauf und Neusäß sind die Reben, welche einen nahezu wunden Herbst versprochen, in den niederen Lagen erstoren. Schon die Hemmung der Säfteentwicklung durch den Mangel an Wärme wirkte auf die zarten Rebselangen sehr nachtheilig. Auch das Kermes ist fast gänzlich im Keim zerstört; ja sogar die frischen Triebe der Buchen und Weißtannen an den Bergabhängen nach dem Rheinthal zu sind zum Theil der Kälte erlegen.

**Aus dem Rinzigtal, 26. Mai.** (Oberth. Kur.) Im Lauf des nächsten Monats — man spricht vom 15. Juni — soll die erste Probefahrt der Techniker auf der Bahnstrecke Offenburg-Hausach stattfinden. Ob die Linie auf den ursprünglich festgesetzten Termin, den 1. Juli, eröffnet werden kann, ist zweifelhaft; es soll bereits der 1. Aug. in Aussicht genommen sein.

**Freiburg, 28. Mai.** (Freib. Bl.) Bei der heute stattgehabten Wahl des grundherrlichen Adels oberhalb der Murg wurden folgende Herren gewählt: 1) Frhr. v. Altdorf in Freiburg, 25 St.; 2) Frhr. Emil v. Schaumburg in Gaisbach mit 25 St.; 3) Frhr. Karl v. Walling in Freiburg mit 21 St.; 4) Frhr. Leopold v. Bäckin, Oberst in Mannheim, mit 20 St. Weitere Stimmen erhielten Frhr. v. Seibened, Oberstallmeister in Karlsruhe, 7 Stimmen; die Freiberger Heinrich v. Anblaw in Hugstetten und v. Stöpingen je 4 St.

**Vermischte Nachrichten.**

Die Albert'sche Oper „Algora“ hat bei ihrer ersten Aufführung in Stuttgart eine brillante Aufnahme gefunden und dem Komponisten, der die Aufführung seines Werkes selbst leitete, vielfache Auszeichnungen eingetragen.

Kassel, 27. Mai. (Fr. Z.) Staatsrath Pfeiffer, vor kurzem zum Geh. Kabinetstath ernannt, ist von dieser Stelle gestern wieder entbunden und als Regierungsdirektor nach Fulda versetzt worden. Politische Motive sollen hierbei nicht obgewaltet haben. Heute gegen 6 Uhr kam der erste Militärzug mit preussischen Truppen aus Bessungen hier an. Sieben andere werden in Zwischenräumen von 1½ Stunden in der Nacht folgen.

Glauchau, 26. Mai. Eine vorgestern hier stattgehabte Volksversammlung nahm eine Reihe von Beschlüssen zur politischen Lage an, welche u. a. einen unbedingten Protest gegen jede Parteinahme Sachsens wider Preußen enthält. Der betreffende Satz lautet: „Wir erklären in jeder Parteinahme der sächsischen Staatsregierung an dem Streite zwischen den Großmächten Oesterreich und

Preußen, wenn auch die Parteinahme nur in der Form einer von Seiten der dritten deutschen Staatsgruppe angeführten Bundesexekution gegen Preußen erfolgen sollte, mit dem uns seit dem Jahr 1833 gleiche volkswirtschaftliche, fast unauflöslich gewordene Interessen verbunden haben, den unvermeidlichen Ruin der erzbergisch-voigtländischen Industrie und die zerstörende Erschütterung des bisher gewachsenen Wohlstandes der meisten industriellen Arbeitgeber wie der materiellen Lage aller Arbeiter. Dieses mächtigste Volksinteresse nöthigt uns zu dem Rufe: „Kein Krieg gegen Preußen, auch keine Allianz gegen Preußen!“ Denn wir wollen nicht als Feinde der deutschen Staatsmacht gegenübergestellt werden, welche einzig und allein im deutschen Staatenbunde die friedliche Bewegung und den stetigen Fortschritt des sächsischen Manufakturreichthums wirksam im Auslande auch jenseits der Meere, zu beschützen im Stande ist!“

Berlin, 27. Mai. (Köln. Ztg.) Gestern Abend hatten wir einen Straßentumult. In der zwischen der Neuen Königs- und der Landbergerstraße gelegenen engen Gollnowstraße war es zwischen Reservisten oder Landwehrmännern und einem Droschkenfutcher Abends 8 Uhr zu einem Streit gekommen, der alsbald immer größere Verhältnisse annahm und durch das Hinzukommen vieler Männer, und namentlich auch Frauen, zu einem Tumult ausartete, der allerlei starke Ausschreitungen im Gefolge hatte. An Widerstandstheilen verschiedener Art und Einwerfen von Laternen und andern Unflath fehlte es nicht. Die berittene Schugmannschaft schritt ein und säuberte, mit Unterstützung eines Militärpöters von 30 Mann (aus dem Kaiser-Alexander-Garde-Granatierregiment), die Straßen. Um Mitternacht war die Ruhe wieder hergestellt.

Stockholm, 26. Mai. (L. Z.) Der Thurm der hiesigen katholischen Kirche ist heute eingestürzt. Fünfzig Menschen wurden theils getödtet, theils verwundet.

London, 28. Mai. (Fr. P. Ztg.) Die Consolidated Bank, deren Aktien noch am Samstag à 10 Pfd. St. (bei 4 Pfd. St. Einzahlung) notirt wurden, hat ihre Zahlungen eingestellt, was in der City große Misbilligung hervorrief. Geld knapp.

Das Hamburger Post-Dampfschiff „Allemannia“, Kapitän Trautmann, von der Linie der Hamburg-Amerikanischen Paketfabrik-Aktien-Gesellschaft, ging, expedirt von Hrn. August Volten, William Miller's Nachf., am 26. Mai von Hamburg via Southampton nach Neu-York ab.

Außer einer starken Brief- und Paketpost hatte dasselbe 52 Passagiere in 1. Kajüte, 126 Passagiere in 2. Kajüte, und das Zwischendeck mit Passagieren voll besetzt, sowie auch den Laderaum mit Waaren.

Hamburg, 26. Mai. Das Hamburg-Neu-Yorker Post-Dampfschiff „Germania“, Kapitän Ehlers, welches am 29. Apr. von hier und am 2. d. von Southampton abgegangen, ist nach einer ausgezeichneten schnellen Reise von 10 Tagen 14 Stunden am 13. d., 6 Uhr Morgens, wohlbehalten in Neu-York angekommen.

Hamburg, 26. Mai. Das Hamburg-Neu-Yorker Post-Dampfschiff „Verussa“, Kapitän Schwaben, am 12. Mai von Neu-York abgegangen, ist nach einer Reise von 13 Tagen 1 Stunde am 26. d., Nachts 12 Uhr 55 Minuten, in Cuxes angekommen, und hat, nachdem es daselbst die für Southampton und Havre bestimmten Passagiere gelandet, um 3¼ Uhr die Reise nach Hamburg fortgesetzt.

Dasselbe überbringt: 320 Passagiere, 17 Briefsäcke, 300 Tons Ladung und 122,800 Dollars Contanten.

W. Mannheim, 28. Mai. (Kursbericht der Mannheimer Börse.) Weizen, eff. hies. Gegend 200 Zollpfd. 10 fl. — G., 10 fl. 15 P., fränk. l. 10 fl. 30 G., — fl. — P., fränk. II. — fl. — G., 10 fl. — P., Roggen, eff. — fl. G., 8 fl. 30 P. — Gerste, eff. hies. Gegend — fl. — G., 9 fl. — P., württembergische 8 fl. 30 G., 9 fl. — P., Pfläzer I. — fl. — G., — fl. — P., — Haster, eff. 100 Zollpfd. 4 fl. 30 G., 4 fl. 45 P. — Kernen, eff. 200 Zollpfd. 10 fl. 30 P. — Weizen, hiesl. Koblreps — fl. G., — fl. P. — Bohnen 11 fl. bis 12 fl. P. — Linsen 15 fl. bis 18 fl. P. — Erbsen 10 fl. bis 11 fl. P. — Weiden — fl. — G., — fl. P. — Klebsamen, deutscher I. — fl. — G., — fl. P., Luzerner — fl. — G., — fl. P. — Sparrlette — fl. — P. — Del: (mit Fäß) 100 Zollpfd. Keindl, eff. Inland in Partien 24 fl. — P., sahweise 24 fl. 30 P.; in Partien transit — fl. — P. Mühl, eff. Inland, sahweise — fl. — G., 28 fl. 30 P., in Part. 28 fl. — P., auf Lieferung per Herbst 22 fl. 30 P. bis 23 fl. P. — Wehl 100 Zollpfd.: Weizenmehl, Nr. 0 — fl. — G., 11 fl. P., Nr. 1 — G., 9 fl. 45 P., Nr. 2 8 fl. 30 P., Nr. 3 6 fl. 30 P., Nr. 4 — fl. — P., norddeutsches im Verhältniß billiger, sächsisches Nr. 0 — fl. — P. — Roggenmehl Nr. 0-1, Stettiner 6 fl. 30 P. — Branntwein, eff. (50 % n. Er.) trans. (150 Lit.) 16 fl. 30 P. — Spirit, 90% trans. 36 fl. — P. — Petroleum, in Partien verzollt, nach Qualität 17 fl. 30 P.

Die politischen Zustände, namentlich der durch diese hervorgerufene Geldmangel, beeinträchtigen fortwährend den Probenhandels in großem Maße und trat, besonders im Geschäft mit Weizen und Roggen, nahezu Stillstand ein. Gerste war nur schwach begehrt; Haster erzielte sich dagegen eines sehr lebhaften Absatzes. Mühl und Keindl etwas niedriger offerirt. Petroleum billiger.

Bis nächsten Donnerstag den 31. d. M. ist der Feiertag wegen keine Börse.

**Karlsruher Witterungsbeobachtungen.**

28. Mai.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	27.950	+12.0	S.W.	stark bew.	trüb, Strichregen
Mittags 2 „	9.00	+16.0	„	„	Sonnig, Strichg.
Nachts 9 „	8.90	+12.0	„	„	trüb, mild

Verantwortlicher Redakteur:  
Dr. J. Herm. Kroenlein.

**Großherzogliches Hoftheater.**

Mittwoch 30. Mai. 2. Quartal. 67. Abonnementsvorstellung. **Die Schweizerfamilie**; lyrische Oper in 3 Akten, von Weigel.

Donnerstag 31. Mai. 2. Quartal. 68. Abonnementsvorstellung. **Der Goldbauer**; Schauspiel in 4 Akten, von Ch. Birch-Pfeiffer. „Nuppert“ — Hr. Höder vom herzoggl. Hoftheater in Weinigen, als 3. Gastrolle.

Freitag 1. Juni. 2. Quartal. 69. Abonnementsvorstellung. **Neuance**; Lustspiel in 2 Akten, von Ch. Birch-Pfeiffer. Hieraus: **Sie hat ihr Herz entdeckt**; Lustspiel in 1 Akt, von Wolfgang Müller von Königswinter.



3.1.292. Nr. 8831. Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Bei Großherzoglichem Armeekorps ist die Stelle eines Pferdewärters in Erledigung gekommen.

3.1.302. Breslau.

Erklärung.

Die Generalvollmacht, welche ich, Hr. Herrm. Bauer, in Karlsruhe ertheilt habe, habe ich wegen Abreise desselben nach Paris zurückgezogen und erkläre sie für erloschen.

3.1.300. Baden-Baden.

Stellege such.

Ein Frauenzimmer mittleren Alters, zur Leitung eines Haushaltes, wie zur Pflege und Beaufsichtigung von Kindern befähigt, auch willig den häuslichen Geschäften sich unterziehend, sucht eine entsprechende Stelle.

3.1.215. Mannheim.

Gehilfe-Gesuch.

In einer der größten Apotheken der vorberühmten Stadt Mannheim wird sofort oder pr. 1. Juli ein Gehilfe gesucht.

3.1.294. Offenburg.

Lagerfässer-Versteigerung.

Frau F. Kav. Fischer Witwe in Offenburg läßt ihre im Waisenhausstadel dort liegenden Fässer, im Gehalte von 8 bis 28 Ohm, zusammen 245 Ohm, nebst den dazu gehörenden Lagern am

3.1.126. Rastatt.

Pferd-Verkauf.

Ein schönes, fehlerfreies Reitpferd, Braunschwarze Race, zwischen 9 und 10 Jahren alt, vor der Truppe und im Feuer vollkommen vertraut, ist wegen bevorstehender Abreise zu verkaufen.

3.1.288. Karlsruhe.

Herrschafthauswohnung zu vermieten.

In der gesundensten Lage an der Göttingerstraße gelegen, nahe zur Mitte der Stadt, ist ein schönes, freistehendes und zweckmäßig gebautes Haus mit Balkon und Garten umgeben, Aussicht nach dem Gebirge, im Ganzen oder theilweise mit oder ohne Sateinrichtung auf den 23. Juni d. J. oder auch später zu vermieten.

3.1.119. Sinsheim.

Hausversteigerung.

Das Erben des Herrn Karl Christian Gafroth von hier lassen Mittwochs den 13. Juni d. J., Nachmittags 2 Uhr, auf dem Geschäftszimmer des Unterzeichneten veräußern:

3.1.277. Freiburg.

Eichenschälrinde-Versteigerung.

Aus den Stadtwaldungen von Freiburg werden am Freitag den 1. Juni d. J. versteigert:

3.1.262. Nr. 242. Bonndorf.

Versteigerung von Brennholz.

Aus den Domänenwaldungen des Kreisbezirks Bonndorf werden folgende Holzarten öffentlich versteigert, am Montag den 4. Juni d. J., im Wittichshaus zu Rothbach, aus den Domänenwaldungen bei Rothbach, Seebrod, Langenfurt, Saulbach und Eberbach: 7 1/2 Klafter Buchenholz, 420 Klafter Tannenholz, 102 Klafter Buchenholz und 429 Klafter Tannenholz; am Dienstag den 5. Juni d. J., im Wittichshaus zu Ebnet, aus den Distrikten Rothhof, Erlenbach, Rombach, Ebelbach und Schweigshof: 126 Klafter Buchenholz, 493 Klafter Tannenholz, 102 Klafter Buchenholz, 446 Klafter Tannenholz und 7500 Rollen rothtannener Gerberrinde; am Mittwoch den 6. Juni, in der Post zu Bonndorf, aus den Distrikten Hummeloch, Hüllshaden, Drehelbach, Wallebach, Reibebach, Ebneterberg und Goggerweg: 30 1/2 Klafter Buchenholz, 183 1/2 Klafter Tannenholz, 56 1/2 Klafter Buchenholz und 153 1/2 Klafter Tannenholz. Die Versteigerung beginnt jedesmal früh 9 Uhr. Bonndorf, den 25. Mai 1866. Großh. bad. Bezirksforst. Gantner.

3.1.239. Nr. 5763. Ladenburg.

Mundtotverkündung.

Joseph Bad IV. von Feudenheim wurde durch diesseitiges Erkenntnis vom 18. d. M., Nr. 441, im ersten Grad für mündtot erklärt und Lorenz Bad I. von da als dessen Verstand ernannt. Ladenburg, den 25. Mai 1866. Großh. bad. Amtsgericht. Erleben.

3.1.241. Nr. 2725. Gernsbach.

Erbschaftsfindung.

Stephan Haug, ledig, dahier, wird, da auf die Aufforderung vom 7. v. M., Nr. 1762, keine Einsprache erfolgt ist, in Besitz und Gewahre der Verlassenschaft seiner verstorbenen Mutter Maria Anna Haug hiermit eingesetzt. Gernsbach, den 25. Mai 1866. Großh. bad. Amtsgericht. Fr. Wallstein.

3.1.158. Wolsch.

Defensivliche Verlautbarung.

Ignaz Rees von Wolsch ist zur Erbschaft seiner verstorbenen Schwester Maria Anna Rees, ledig, von da berufen. Da derselbe an unbekanntem Orte abwesend ist, so wird er zur Erbschaft mit dem Bedeuten hiermit öffentlich anberufen, daß, wenn er innerhalb drei Monaten, von heute an, nicht erscheint, die Erbschaft Dessen wird zugewiesen werden, welchen sie zufällt, wenn der Vorgeordnete zur Zeit des Erbanfalls nicht mehr am Leben gewesen wäre. Wolsch, den 22. Mai 1866. Großh. bad. Notar. Rischwig.

3.1.166. Waldshut.

Erbsvererbung.

Josef Tröndle, ledig und volljährig, von Dögern, Amtsgerichtsbezirks Waldshut, im Jahr 1861 nach Amerika ausgewandert, ist zur Erbschaft seines am 7. d. M. verstorbenen Vaters, des Josef Tröndle, Landwirth von Dögern, berufen. Da der Aufenthalt desselben unbekannt ist, so wird

PHOTOGRAPHIE DES BAINS STEPHANIE

à l'entrée de l'Allée de Lichenthal.

Numa Blanc, Photograph, macht die ergebene Anzeige, daß derselbe vom 15. Mai bis Ende Juli für die großherzoglichen Staatsangestellten und Militäre die Preise seines Tarifs auf die Hälfte herabgesetzt hat.

M. NUMA BLANC prévient les employés de l'administration civile et les militaires, qui sont en garnison ou résident dans le Grand-duché de Bade, que par faveur, à partir du 15 Mai jusqu'à la fin de Juillet, ils ne paieront que la moitié des prix indiqués sur le tarif de la maison, pour les portraits qu'ils auront à commander.

Nach New-York

jede Woche zweimal per Dampfboot zu bedeutend ermäßigten Preisen. Rabus & Stoll in Mannheim. Franz Perzin Sohn in Karlsruhe.

3.1.262. Nr. 242. Bonndorf. (Versteigerung von Brennholz.) Aus den Domänenwaldungen des Kreisbezirks Bonndorf werden folgende Holzarten öffentlich versteigert, am Montag den 4. Juni d. J., im Wittichshaus zu Rothbach, aus den Domänenwaldungen bei Rothbach, Seebrod, Langenfurt, Saulbach und Eberbach: 7 1/2 Klafter Buchenholz, 420 Klafter Tannenholz, 102 Klafter Buchenholz und 429 Klafter Tannenholz; am Dienstag den 5. Juni d. J., im Wittichshaus zu Ebnet, aus den Distrikten Rothhof, Erlenbach, Rombach, Ebelbach und Schweigshof: 126 Klafter Buchenholz, 493 Klafter Tannenholz, 102 Klafter Buchenholz, 446 Klafter Tannenholz und 7500 Rollen rothtannener Gerberrinde; am Mittwoch den 6. Juni, in der Post zu Bonndorf, aus den Distrikten Hummeloch, Hüllshaden, Drehelbach, Wallebach, Reibebach, Ebneterberg und Goggerweg: 30 1/2 Klafter Buchenholz, 183 1/2 Klafter Tannenholz, 56 1/2 Klafter Buchenholz und 153 1/2 Klafter Tannenholz. Die Versteigerung beginnt jedesmal früh 9 Uhr. Bonndorf, den 25. Mai 1866. Großh. bad. Bezirksforst. Gantner.

3.1.298. Karlsruhe. (Bekanntmachung.) Die Ehefrau des Anton Veder, Barbara, geb. Stelzer, in Unterengbach hat gegen ihren Ehemann, zur Zeit im Gefängnisse in Bruchsal, eine Klage auf Vermögensabsonderung erhoben. Zur mündlichen Verhandlung über diese Klage ist Tagesfahrt auf Donnerstag den 5. Juli d. J., Vorm. 8 Uhr, anberaumt; dies wird zur Kenntniß der Gläubiger öffentlich bekannt gemacht. Karlsruhe, den 26. Mai 1866. Großh. Kreis- und Hofgericht, Civilkammer II. Reiner.

3.1.291. Nr. 956. Offenburg. (Bekanntmachung.) J. A. S. gegen Elisabeth Reif, geborne Reicher, von Delsbosen, und Genossen, wegen in verdrängter Verbindung verübter Anwendung von Abstreichungsmitteln. Wird die von der Angeklagten Elisabeth Reif und ihrem Ehemann David Reif von Delsbosen gestellte Sicherheit im Betrage von 1000 fl. zu Gunsten der großh. Staatskasse für verfallen erklärt. Dies wird der künftigen Angeklagten Elisabeth Reif hiermit bekannt gemacht. Offenburg, den 19. Mai 1866. Großh. Kreis- und Hofgericht. Rath- und Anklagekammer. Vohm.

3.1.253. Nr. 1021. Strafkammer. Freiburg. (Urtheil.) In Anklagesachen gegen Christian Schundelmaier von Nimbura, wegen Körperverletzung, und gegen denselben, Jakob Schumacher und Christian Strauß von da, wegen bochsafter Beschädigung, wird auf die gepflogene Hauptverhandlung zu Recht erkannt: Die Angeklagten, Christian Schundelmaier, Jakob Schumacher und Christian Strauß, sämtliche von Nimbura, seien der in verdrängter Verbindung unter der Erschwerung des § 573 St.G.B. verübten bochsafter Beschädigung im Betrag von 1 fl., zum Nachtheil der Friedrich Ditschen Eheleute daselbst;

3.1.291. Nr. 956. Offenburg. (Bekanntmachung.) J. A. S. gegen Elisabeth Reif, geborne Reicher, von Delsbosen, und Genossen, wegen in verdrängter Verbindung verübter Anwendung von Abstreichungsmitteln. Wird die von der Angeklagten Elisabeth Reif und ihrem Ehemann David Reif von Delsbosen gestellte Sicherheit im Betrage von 1000 fl. zu Gunsten der großh. Staatskasse für verfallen erklärt. Dies wird der künftigen Angeklagten Elisabeth Reif hiermit bekannt gemacht. Offenburg, den 19. Mai 1866. Großh. Kreis- und Hofgericht. Rath- und Anklagekammer. Vohm.

3.1.291. Nr. 956. Offenburg. (Bekanntmachung.) J. A. S. gegen Elisabeth Reif, geborne Reicher, von Delsbosen, und Genossen, wegen in verdrängter Verbindung verübter Anwendung von Abstreichungsmitteln. Wird die von der Angeklagten Elisabeth Reif und ihrem Ehemann David Reif von Delsbosen gestellte Sicherheit im Betrage von 1000 fl. zu Gunsten der großh. Staatskasse für verfallen erklärt. Dies wird der künftigen Angeklagten Elisabeth Reif hiermit bekannt gemacht. Offenburg, den 19. Mai 1866. Großh. Kreis- und Hofgericht. Rath- und Anklagekammer. Vohm.

3.1.291. Nr. 956. Offenburg. (Bekanntmachung.) J. A. S. gegen Elisabeth Reif, geborne Reicher, von Delsbosen, und Genossen, wegen in verdrängter Verbindung verübter Anwendung von Abstreichungsmitteln. Wird die von der Angeklagten Elisabeth Reif und ihrem Ehemann David Reif von Delsbosen gestellte Sicherheit im Betrage von 1000 fl. zu Gunsten der großh. Staatskasse für verfallen erklärt. Dies wird der künftigen Angeklagten Elisabeth Reif hiermit bekannt gemacht. Offenburg, den 19. Mai 1866. Großh. Kreis- und Hofgericht. Rath- und Anklagekammer. Vohm.

3.1.291. Nr. 956. Offenburg. (Bekanntmachung.) J. A. S. gegen Elisabeth Reif, geborne Reicher, von Delsbosen, und Genossen, wegen in verdrängter Verbindung verübter Anwendung von Abstreichungsmitteln. Wird die von der Angeklagten Elisabeth Reif und ihrem Ehemann David Reif von Delsbosen gestellte Sicherheit im Betrage von 1000 fl. zu Gunsten der großh. Staatskasse für verfallen erklärt. Dies wird der künftigen Angeklagten Elisabeth Reif hiermit bekannt gemacht. Offenburg, den 19. Mai 1866. Großh. Kreis- und Hofgericht. Rath- und Anklagekammer. Vohm.

3.1.291. Nr. 956. Offenburg. (Bekanntmachung.) J. A. S. gegen Elisabeth Reif, geborne Reicher, von Delsbosen, und Genossen, wegen in verdrängter Verbindung verübter Anwendung von Abstreichungsmitteln. Wird die von der Angeklagten Elisabeth Reif und ihrem Ehemann David Reif von Delsbosen gestellte Sicherheit im Betrage von 1000 fl. zu Gunsten der großh. Staatskasse für verfallen erklärt. Dies wird der künftigen Angeklagten Elisabeth Reif hiermit bekannt gemacht. Offenburg, den 19. Mai 1866. Großh. Kreis- und Hofgericht. Rath- und Anklagekammer. Vohm.

Christian Schundelmaier ferner der wese ichlichen, im Affekt verübten Körperverletzung des Friedrich Ditz, sowie von dessen Mutter Christiane, geb. Ziebold, und von dessen Ehefrau, Barbara, geb. Schneider, von Nimbura, und des Christian Schundelmaier, geb. Schundelmaier, welche vor einem Jahr oder 1/2 Jahr in Einzelhaft, geschäftlich durch acht Tage Hungerloß; Jakob Schumacher und Christian Strauß Jeder zu einer Gefängnißstrafe von zwei Monaten, geschäftlich durch acht Tage Hungerloß, und Jeder zu den Kosten seiner Urtheilsvollstreckung zu verurtheilen.

An den Kosten des Strafverfahrens hat Christian Schundelmaier 1/2, Jakob Schumacher und Christian Strauß Jeder 1/2, jedoch sammtverbindlich für das Ganze, Jakob Schumacher und Christian Strauß Jeder 1/2, jedoch sammtverbindlich für das Ganze 1/2, zu tragen. Alle drei Angeklagten seien ferner schuldig, je zu 1/2, jedoch unter sammtverbindlicher Haftung für den ganzen Betrag, den dem Friedrich Ditz zugeschieden Schaden von 1 fl., Christian Schundelmaier jedoch weiter schuldig, an Kosten und Entschädigung für den entgangenen Arbeitsverdienst dem Friedrich Ditz die Summe von 48 fl. 36 kr. und der Christiane, geb. Ziebold, 16 fl. - kr. und der Barbara Ditz, geb. Schneider, 5 fl. 20 kr. binnen 14 Tagen bei Zwangsverweigerung zu bezahlen. B. R. W.

Dies wird den künftigen drei Angeklagten hiemit bekannt gemacht. Freiburg, den 16. Mai 1866. Großh. Kreis- und Hofgericht. Der Vorsitzende: Weber. Marbe.

3.1.192. Nr. 6095/96. Lahr. (Urtheil.) J. U. S. gegen die Rekruten Josef Jor von Heiligenzell und Gregor Härtlich von Kubbach, wegen Refraktion, wird auf gepflogene Hauptverhandlung zu Recht erkannt: Die Angeklagten Josef Jor von Heiligenzell und Gregor Härtlich von Kubbach seien des Vergehens der Refraktion für schuldig zu erklären und desbhalb, unter Verfallung derselben in die Kosten des Strafverfahrens, zu je einer Geldstrafe von 800 fl. zu verurtheilen. B. R. W. So geschähen Lahr, den 17. Mai 1866. Großh. bad. Amtsgericht. Willen. Bergerer, A. i.

3.1.193. Nr. 9052. Mannheim. (Urtheil.) J. U. S. gegen Jakob Adam Sambas von Mannheim und Gen., wegen Refraktion, wird auf gepflogene Hauptverhandlung zu Recht erkannt: Jakob Adam Sambas, Lambert Vogel, Karl Martin Philipp Leih, Karl Friedrich Ludwig Heimle, Joseph Braun, sämmtlich von Mannheim, seien des Vergehens der Refraktion für schuldig zu erklären und desbhalb jeder in eine Geldstrafe von 800 fl., sowie in 1/2 der Kosten zu verurtheilen. B. R. W. Mannheim, den 16. Mai 1866. Großh. bad. Amtsgericht. Erter. Neugäß.

Table with columns: Staatspapiere, Eisenbahn-Aktien und Prioritäten, Wechsel-Kurse. Lists various financial instruments and their values.